

Dem Ausschuss liegt eine Ausarbeitung vor, aus der sich die bisherigen finanziellen Aufwendungen für das Gewerbegebiet Griemeringhausen und die damit zusammenhängende Verlängerung der Klosterstraße ergeben. Gemeindegamrnerer Himmeröder erläutert die Situation und weist auf die Konsequenzen hin, wenn die Steuersätze nicht angehoben werden. Es seien bereits erhebliche finanzielle Aufwendungen entstanden und die bereits bewilligten Zuschüsse müssten zurück gezahlt werden. Daher bitte die Verwaltung, ihrer Empfehlung zu folgen, denn dieser Beschluss sei wichtig für die strukturelle Entwicklung der Gemeinde Marienheide.

In der sich anschließenden sehr ausführlichen Diskussion sind sich alle Fraktionen darüber einig, dass das Verhalten der Aufsichtsbehörde gegenüber der Gemeinde Marienheide nicht zu vertreten und undemokratisch sei. Ratsmitglied Frau Sarstedt führt aus, dass ihre Fraktion nicht bereit sei, der Forderung zu folgen. Es sei abwegig, ein Gewerbegebiet zu planen und gleichzeitig die Gewerbesteuer anzuheben.

Auch die UWG-Fraktion wendet sich gegen den Verwaltungsvorschlag.

Die SPD-Fraktion spricht sich, wenn auch mit "der Faust in der Tasche", für die Anhebung der Hebesätze aus. Denn das Gewerbegebiet aufzugeben, wäre, so Ratsmitglied Esser, fatal für die Entwicklung der Gemeinde. Dieser Auffassung ist auch grundsätzlich die FDP-Fraktion. Eine Abwägung sei aber noch nicht erfolgt. Das soll bis zur nächsten Ratssitzung geschehen.

Im Verlauf der Aussprache wird eine zeitliche Verschiebung der Maßnahme Gewerbegebiet Griemeringhausen vorgeschlagen und erörtert. Bürgermeister Töpfer weist darauf hin, dass dies mit Sicherheit Auswirkungen auf die Fördermittel habe. Er sagt aber zu, bis zur Ratssitzung mit der Aufsichtsbehörde zu klären, ob eine Streckung ohne finanzielle Verluste möglich ist.

Damit ist der Ausschuss einverstanden. Zur Ratssitzung wird eine endgültige Entscheidung getroffen.